Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 40 | Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 900.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Montag, den 26. Februar 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 25.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 100.— Mk., Offerten-Besorgung 100.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In mehreren Orten in der Umgebung von Essen haben die Franzosen ein Regiment Neger in Privatwohnungen einquartiert, wodurch in der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen wurde.

* Auf den von den Franzosen betriebenen Eisenbahnlinien ereigneten sich neuerdings bei Dahlhausen zwei Zugzusammenstöße, bei denen sieben Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

* Der Essener Eisenbahnpräsident Jahn protestierte gegen einen Befehl der Franzosen, durch welchen den Eisenbahnbeamten eine Frist von 48 Stunden zur Aufnahme des Dienstes gestellt worden ist, widrigenfalls sie ihre Dienstwohnungen räumen müßten.

* Lord Robert Cecil trat neuerdings dafür ein, die Reparationsfrage vom Völkerbund beraten zu lassen.

* Der Finanzausschuß des Senats in Washington hat den Antrag auf Bewilligung eines Kredits in Höhe von 1 Million Dollars an Deutschland zum Einkauf amerikanischer Erzeugnisse einstimmig abgelehnt.

Die Seele des Volkes.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns zu den letzten Vorfällen im Reichstag geschrieben:

Seit Beginn der Woche hatten die Kommunisten im Reichstag mit bedeutsamem Lächeln durchblicken lassen, daß sie bei der Beratung des Haushalts des Wehrministeriums einen Vorstoß gegen den Minister Dr. Geßler unternehmen würden. Nun brachte am Morgen die Rote Fahne, das kommunistische Berliner Organ, zur Einleitung des Kampfes in sensationeller Aufmachung die fällige „Enthüllung". Darin hieß es, daß im Reichswehrministerium eine Geheimsitzung in Anwesenheit des Reichskanzlers, des Reichswehrministers, des Generals v. Seeckt, des preußischen Ministerpräsidenten sowie der preußischen Oberpräsidenten stattgefunden habe. General v. Seeckt habe in dieser Geheimsitzung die strikte Forderung aufgestellt, daß die preußische Regierung und die Sozialdemokratie sich mit der Einrangierung der Selbstschutz- und Geheimorganisationen in einen größeren Rahmen abfinden sollte, dem auch die Reichswehr angehören müsse. Man solle sich auf die „Mobilmachung" einstellen, und es solle kein nationalsozialistischer Führer mehr verhaftet werden. Parole: „Bürgerkrieg!" Und gegen die Kommunisten, Schlußfolgerung der Roten Fahne: „Proletarier, schafft den proletarischen Selbstschutz!"

„Nachtigall, ich hör' dir laufen!" Auch der Blindeste sah den Zweck dieser Übung. Die Kommunisten haben die Empfindung, daß in diesen Tagen nationaler Kraftsammlung ihr Weizen weniger blüht, und sie wollten deshalb neues Agitationsmaterial haben. Sie schreiben: „Mobilmachung!" und fragten den Reichswehrminister zugleich, gegen wen sie sich richten solle. Sobald aber Dr. Geßler, wie zu erwarten war, mit einem ganz energischen „Nein" erwidert haben würde, dann wollten sie schreien: „Also gegen uns!" Damit war dann der Weg frei, und sie konnten die Öffentlichkeit in Bearbeitung nehmen. Es kam aber anders.

Das Haus war bei Beginn der Sitzung zunächst kaum stärker besetzt als sonst. Man wußte in parlamentarischen Kreisen genau, was die „Sensation" bedeutete, und man wußte noch viel genauer, wie die Dinge wirklich liegen, die die Rote Fahne wissen wollte. Und man wollte drittens den außen- und innenpolitischen Schaden, der gewiß durch dieses Treiben wieder einmal angerichtet wurde, nicht noch vergrößern. Deshalb war es eigentlich bedauerlich, daß man den kommunistischen Redner seitens der äußersten Rechten überhaupt so großer Beachtung würdigte. Dem Minister Dr. Geßler, der erst die „Ente" des kommunistischen Parteiorgans kurzerhand abtat und dann in einer großen Rede die wirklichen Vorgänge und ihren bedeutsamen Hintergrund schilderte, gelang es, den Vorstoß vollständig zu erledigen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil er es ausgezeichnet verstand, auf die hochgehende Welle des linksradikalen Donners die kalte Dusche überlegenen Spottes niedergehen zu lassen. In der allgemeinen Heiterkeit fiel die Drapierung von der kommunistischen Aktion, und übrig blieb ein Parteimanöver. Am Fuße der Rednertribüne sammelten sich die Zuhörer in dichten Haufen. Niemand wollte sich die treffenden Ausfälle des Ministers entgehen lassen.

Zur Sache selbst stellte der Reichsminister fest, daß an der ganzen Enthüllung nur das eine wahr sei, daß tatsächlich Verhandlungen stattgefunden haben. Aber weder am 5. Februar, noch in Anwesenheit der genannten Persönlichkeiten, und erst recht nicht mit dem angegebenen Gesprächsgegenstand. Wahr ist vielmehr, daß seit geraumer Zeit im Hinblick auf den außerordentlichen Ernst der außen- und innenpolitischen Lage zwischen der Reichsregierung, dem Reichswehrministerium und den Regierungen der Länder Verhandlungen schweben, die das bedeutsame Ziel hatten, die unleugbare und in diesen Tagen eher gewachsene Gefahr von Zwischenfällen seitens der Selbstschutzorganisationen durch deren endgültigen Abbau zu beseitigen. Zu diesem Unternehmen soll außerdem auch die Reichswehr aktiv herangezogen werden. Das ist der Tatbestand, und also das genaueste Gegenteil der kommunistischen Behauptungen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Aufgabe von höchster Bedeutung, und Dr. Geßler hatte nur allzu recht, wenn er die kommunistische Untersuchung in Gegensatz zu dem Ernst der Stunde stellt. Er wies darauf hin, daß die Gefahr der Geheimorganisationen schließlich eine gewisse Erklärung in der heute in Deutschland herrschenden Stimmung finde. „Wird die Seele eines Volkes gepeitscht, dann kann man nicht erwarten, daß es in allen seinen Teilen ruhig bleibt. Die jetzige verhängnisvolle Stimmung werde in Deutschland so lange währen, wie das Unrecht an der Ruhr besteht."

Gibt es jemand, der das zu bestreiten wagt? Die Seele des deutschen Volkes ist überlastet mit Leid. Aber diese Reichstagssitzung hat erfreulicherweise bewiesen, daß der Kopf Deutschlands kalt und klar bleibt. Am selben Donnerstagmorgen hatte die Rote Fahne über die Verleumdung geeifert, daß nach der Behauptung bürgerlicher Blätter im Ruhrgebiet Kommunisten sich gegen Geld zur Zusammenarbeit mit den Franzosen bereit finden ließen. Was die Berliner Kommunisten am Donnerstag im Reichstage taten, war aber Arbeit für Frankreich, und sie wurde nicht dadurch weniger verurteilenswert, weil sie unbezahlt und freiwillig geleistet wurde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Notgesetz für das Ruhrgebiet.

Der Vertreter der Reichsregierung führte im Rechtsausschuß des Reichstages aus, daß die Befehlshaber der das Ruhrgebiet besetzenden Truppen und ihre Vertreter widerrechtlich unter Anwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel versuchen, die Staatshoheit in diesem Gebiete an sich zu reißen. Vom Rechtsausschuß wurde deshalb die Reichsregierung zum Erlaß von Notbestimmungen zum Schutze der deutschen Gerichtsbarkeit, der Finanz- und Steuerhoheit, der Währung, der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, Arbeitslose, notleidende Personen und Anstalten zu erlassen, sowie die Termine für Wahlen usw. nach Tunlichkeit festzusetzen. Die Verordnungen der Reichsregierung sind dem Reichstage unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen.

Die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses.

Im Steuerausschuß des Reichstages legte Reichsbankpräsident Havenstein, der vom Ausschuß um eine Äußerung zu der Frage des Bankgeheimnisses gebeten war, dar, der Standpunkt der Reichsbank sei nach wie vor der der völligen Wiederherstellung des Bankgeheimnisses, also auch der Beseitigung der Auskunftspflicht. Von der Sozialdemokratischen Fraktion wurde gegen diese Auffassung Stellung genommen. Die bürgerlichen Parteien neigen meist der Auffassung des Reichsbankpräsidenten zu.

Lohn- und Gehaltspfändung.

Eine neue Verordnung über die Lohn- und Gehaltspfändungen wurde im Reichsrat angenommen. Die feststehende Pfändungsgrenze wurde auf 600 000 Mark und die bewegliche Pfändungsgrenze auf 2 Millionen Mark erhöht. Die Verordnung soll am 1. März in Kraft treten.

Die Aufgaben der Landfrauen.

In Berlin tagte der Verband märkischer landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine unter der Leitung seiner Vorsitzenden, Frau von Saldern. Dabei sprachen der Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg, v. Oppen, und der Vorsitzende des märkischen Landbundes über den Besuch der Brandenburgischen Landbunddeputation an der Ruhr und die dort geführten Verhandlungen mit den Bergleuten. Das Resultat dieser Verhandlungen soll die Ruhrkinderhilfe sein. 500 000 Ruhrkinder gilt es in Deutschland auf dem Lande unterzubringen. Darauf entfallen auf die Provinz Brandenburg allein 50 000. Die Worte der obengenannten Herren waren ein warmherziger Appell an die deutschen Landfrauen. Auf ihren Schultern allein werden Sorgen und Mühe für diese Kinder lasten. An ihr gutes Herz, an ihre wahrhaft vaterländische Gesinnung wandten sie sich. Eine großzügige Hilfe der Landwirtschaft für die Ruhrkinder werde die beste Tat zur endgültigen Zusammenschweißung aller deutschen Stände sein.

Die Sachlieferungsverträge.

Im Hauptausschusse des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Müller, daß der Gedanke, die zerstörten Gebiete durch unsere Arbeit wiederaufbauen zu können, nicht durch unsere Schuld zum Stillstand gekommen sei. Die zur Ausführung der Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten getätigten deutschen Reparationssachleistungen hätten im Jahre 1922 159 Millionen Goldmark betragen, wovon allein auf Serbien 78 Millionen Goldmark entfallen. Die seit dem 1. Januar 1923 ausgeführten und für dieses Jahr noch angeforderten Reparationssachlieferungen ohne Schiffsmaterial würden sogar auf zirka 209 Millionen Goldmark veranschlagt. Die im freien Sachlieferungsverkehr geschlossenen Verträge bezifferten sich auf ungefähr 66¾ Millionen Goldmark.

Einkommensgrenze für Kaufmannsgerichte.

Der Reichsrat genehmigte die Novelle zum Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Darin wird die Einkommensgrenze, bis zu der Betriebsbeamte und Werkmeister dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht unterworfen sind, auf 4 200 000 Mark erhöht. — Die Prüfungsgebühren für Bildstreifen wurden gegenüber den Gebühren vom November 1921 auf das Hundertfache erhöht. Angenommen wurde eine Novelle zur Fernsprechordnung, wonach die sogenannten Nebengebühren im allgemeinen auf das Doppelte erhöht werden. Die Einrichtungsgebühr wird vervierfacht werden.

Aus In- und Ausland.

Weimar. Der Staatsgerichtshof hat in seiner Sitzung vom 12. Februar das thüringische Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bestätigt und diese Entscheidung gleichzeitig für endgültig erklärt.

Wien. Die Sozialdemokratische Partei hat mit Rücksicht auf die kürzlich wiederholten Zusammenstöße mit monarchistischen Elementen die Gründung eines republikanischen Schutzbundes beschlossen.

Paris. In der Senatssitzung wurde Senator Doumergue, der Kandidat der demokratischen Linken, mit 142 Stimmen zum Präsidenten des Senats gewählt.

Deutscher Reichstag.

(306. Sitzung.) CB. Berlin, 23. Februar.

Bei der 2. Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums, die heute fortgesetzt wurde, sprach zuerst der

Abg. Frölich (Komm.), der behauptete, daß die offiziösen Mitteilungen, mit denen die Meldung der Roten Fahne zurückgewiesen werden sollten, den Beweis dafür lieferten, daß zwischen dem Reichswehrministerium und den ungesetzlichen Selbstschutzverbänden Verträge oder Vereinbarungen bestanden, die erst jetzt zum 31. März d. J. gekündigt worden seien. Die sozialdemokratischen Minister hätten diesen Verträgen mit verbotenen Organisationen zugestimmt und nur durchgesetzt, daß sie nicht erneuert wurden. Es sei nachgewiesen, daß hohe Offiziere der Reichswehr für die Bewaffnung der Orgeschverbände gesorgt hätten. General v. Seeckt trete Gesetz und Recht mit Füßen. Warum werfe man diesen Mann nicht zum Tempel hinaus, der die Reichswehr der Republik zu einer Zuchtanstalt für monarchistische Verschwörer mache? Mit dem Bemerken, die Kommunisten würden entschieden den Kampf gegen Poincaré führen, aber nicht gemeinsam mit den großkapitalistischen Hochverrätern, schloß der Redner.

Der Präsident schlug hierauf vor, die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums zu unterbrechen, um das Notgesetz erledigen zu können. Das Haus war damit einverstanden. Die Kommunisten aber riefen: „Warum antworter Geßler nicht? Der Angeklagte schweigt!" Nun kam man zur

2. Beratung des Notgesetzentwurfes.

Der Ausschuß, über dessen Verhandlungen der Abg. Dr. Bell (Zentr.) berichtete, hat die Bestimmung der Vorlage, die Beschränkungen für das Gastwirtsgewerbe enthalten, auch auf Klubs und andere geschlossene Gesellschaften ausgedehnt. Das in Artikel 6 enthaltene allgemeine Ermächtigungsgesetz ist beschränkt worden auf Vorschriften zur Abwehr fremder Einwirkung auf die deutsche Gerichtsbarkeit oder auf die deutschen Finanzen, auf die Fürsorge für Sozialrentner, Kleinrentner, Erwerbsbeschränkte und andere notleidende Personen und Anstalten. Weiter wird die Regierung ermächtigt, neue Verordnungen zur wirksamen Bekämpfung der Preistreiberei, des Schleichhandels, der verbotenen Ein- und Ausfuhr usw. zu erlassen. Die Ermächtigungsvorschriften werden bis zum 1. Juni 1923 befristet. In vier Entschließungen ersucht der Ausschuß die Regierung, die Strafvorschriften gegen Preistreiberei zu veröffentlichen und für reichlichere Einfuhr von Gefrierfleisch zu sorgen.

Von der deutschnationalen Fraktion war ein Antrag eingegangen, wonach zur Unterbringung der aus dem besetzten Gebiete ausgewiesenen Reichsangehörigen in erster Linie die Wohn- und Geschäftsräume heranzuziehen seien, die von solchen Ausländern, besonders Ostjuden bewohnt und benutzt werden, die seit dem 1. Januar 1919 aus dem Osten in das Reichsgebiet eingewandert sind.

Abg. Krätzig (Soz.) erklärte, daß die Vorlage kein wirksames Gesetz gegen die Not sei. Dazu wären greifbarere Maßnahmen notwendig, vor allem auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Die vorhandenen Sachwerte müßten endlich erfaßt werden. Die Preistreiberei sei mit den Kleinmitteln der Vorlage nicht zu beseitigen. Die Hauptschuld an dieser Preistreiberei liege bei den Erzeugern, den Landwirten.

Mit der an sich notwendigen Bekämpfung der Schlemmerlokale sei der Not des Volkes nicht gesteuert. Auch die erhöhten Strafen für den Wucher würden nichts helfen, wenn nicht zugleich damit die Stabilisierung der Mark durchgeführt und die Erhöhung der Kaufkraft unseres Geldes bewirkt würde. Die größten Spitzbuben und Preistreiber, rief der Redner aus, sind die Devisenspekulanten, denen man merkwürdigerweise nicht zu Leibe gehen will.

Der Abg. Krätzig erklärte zum Schluß, die dringendste Aufgabe der Regierung sei jetzt die Organisation einer vernünftigen Währungspolitik. Die Sozialdemokratie stimme der Vorlage zu, wolle aber das Volk nicht in den Glauben versetzen, als könnte ihm damit geholfen werden. Man solle das Volk nicht auf eine zu harte Geduldsprobe stellen, denn man spiele um Sein oder Nichtsein Deutschlands.

Abg. **Bruhn** (Deutschnat.) nannte die vom preußischen Minister des Innern veranlaßte Herabsetzung der Polizeistunde auf 11 Uhr eine rückschrittliche Maßnahme, die nur das ehrbare Gastwirtsgewerbe schädige. Der Berliner Polizeipräsident lasse die Spielklubs, in denen täglich Hunderte von Millionen umgesetzt werden, unbehelligt. Mit den verschärften Bestimmungen gegen den Wucher erklärte der Redner sich einverstanden. Die letzten großen Preissteigerungen seien aber vor allem durch die gewaltigen Steigerungen der Eisenbahntarife verschuldet. Mit dem Preisabbau sollte die Eisenbahn den Anfang machen. Von allen Parteien werde anerkannt, daß die Ostjuden ein Krebsschaden seien. (Rufe bei den Sozialdemokraten: „Ludendorf hat sie ja zwangsweise nach Deutschland gebracht.") Deshalb sei, so erwiderte der Redner, der Antrag auf die von 1919 ab Eingewanderten beschränkt.

Abg. Dr. **Bell** (Zentr.) erklärte, daß nicht nur in den Großstädten, sondern auch in mittleren und kleinen Städten schlimme Auswüchse des Gast- und Schankstättengewerbes zu verzeichnen seien. Es sei bedauerlich, daß die Rechtspflege von den bereits vorhandenen strengen Strafbestimmungen gegen Wucher und Preistreiberei so wenig Gebrauch mache. Der Antrag Bruhn sei nach Form und Inhalt unannehmbar.

Abg. **Bartz** (Komm.) griff den Abg. Bruhn in seiner Eigenschaft als Zeitungsherausgeber an und legte zum Beweise seiner Behauptung, daß in dieser Zeitung zum Besuch von Schlemmerdielen und Nepplokalen animiert werde, eine Nummer dieser Zeitung vor. Die sozialistischen Abgeordneten begannen sofort, den Anzeigenteil dieses Blattes eifrig zu prüfen. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Teuerung, namentlich mit den Lebensmittelpreisen, und griff die Landwirte als die eigentlichen Urheber dieser Teuerung an.

Preußischer Landtag.

(210. Sitzung.) tt. Berlin, 23. Februar.

Heute wurde die Justizdebatte fortgesetzt. Dabei forderten die Kommunisten Frau Wolfstein und Abg.

es im Strumpf, im Unterrock, im Schuh unterbringen, soll es sich ins Haar schieben, ins Taschentuch knüpfen und weiß Gott was sonst alles. Aber ist mit alledem eine Gewähr dafür gegeben, daß sie das Geld auch wirklich nicht verliert? Im Handschuh wäre es nur so lange sicher, als sie den Handschuh an der Hand trägt, vom Taschentuch erst gar nicht zu reden. Was aber den Strumpf und den Unterrock angeht, so kann man der Dame wirklich nicht zumuten, daß sie sich entkleide, wenn sie eine Tasse Schokolade bezahlen soll, ganz abgesehen davon, daß sie bei den spinnwebdünnen modernen Strümpfen, die noch dazu lachsfarben, rosa und so sind, ihr Vermögen den Blicken der ganzen Welt preisgeben würde. Die Frisur — das ließe sich schon eher hören; aber wenn die Dame auch ihr Haar irgendwo liegen läßt?! Viele Damen helfen sich damit, daß sie ihr Geld vorn ins Mieder stecken und am Busen hegen; hier liegt es friedlich neben Zigaretten, Apfelsinen, Haarnadeln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Daß das ästhetisch wirke, kann man nicht behaupten, und das Geld ist dort nicht einmal sicher aufbewahrt, da der Halsausschnitt der modernen Kleider so tief ist, daß die Schätze aus dem Busenportemonnaie leicht verschwinden können — auch ohne fremde Hilfe.

Der Fall ist also hoffnungslos, und die Dame wird sich weiter bestehlen lassen müssen, weil sie offenbar bestohlen werden will. Während der Menschheit männlicher Teil die Taschen gewissermaßen als etwas zum Körper Gehöriges betrachtet, wird die Tasche der Dame auch fürderhin als „Ding an sich" frei im Raume schweben und mit siebzehn, achtzehn oder mehr Millionen eine leichte Beute der Straßendiebe werden. Was zu beweisen war!

M. S.

Was die Holländer sahen

...aber nicht filmen durften!

Der Berliner Korrespondent des „Algemeen Handelsblad", Max Blokzyl, veröffentlicht jetzt einen ausführlichen Bericht über seine Verhaftung durch die Franzosen und die Beschlagnahme der in seinem Auftrage gemachten kinematographischen Aufnahmen. Er schreibt, er hoffe, die Schilderung seiner Erlebnisse werde dazu beitragen, daß man in Holland die traurige Tatsache des „immer dümmeren und unwürdigeren Verhaltens einer Soldateska, die die Geduld verliere", kritisch betrachte und einen Maßstab für die aus den beiden feindlichen Lagern kommenden Berichte finde. Er hatte für seine Reise von deutscher Seite einen Empfehlungsbrief und von dem französischen Oberbefehlshaber General Degoutte die schriftliche Ermächtigung erhalten, in dem von den Franzosen besetzten Gebiet photographische und kinematographische Aufnahmen zu machen.

Er schildert dann die Vorgänge in Gelsenkirchen und schreibt: Auf dem Film müßten zwei sehr wichtige Tatsachen sehr gut sichtbar sein: 1. Die Bevölkerung in Gelsenkirchen geht an einem schönen, sonnigen Sonntagnachmittag in größter Ruhe auf der Straße spazieren. 2. Plötzlich erscheinen von verschiedenen Seiten kleine Tirailleurtrupps französischer Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett, die so schnell laufen, daß sie die Passanten augenblicklich eingeholt haben. Wer nicht schnell das Hasenpanier ergreift, wird angeschnauzt und in den Rücken gestoßen. Hier und da erhebt sich drohend ein Gewehrkolben. Z. B. hat die photographische Platte auch den Augenblick festgehalten, wo ein französischer Infanterist einen erschrockenen Passanten mit der Bajonettspitze zu schnellerem Laufen anspornen will, was ihm — der Wahrheit die Ehre! — von einem Sergeanten sofort verboten wird. Uns Holländern stockte bei all diesen gefährlichen Provokationen der Atem, und noch heute begreifen wir nicht, daß nicht einer der aufgehetzten Spaziergänger sich zu einem unvorsichtigen Wort hat hinreißen lassen. Es war das „dritte Stadium im Ruhrgebiet, französische Herausforderungen und auf deutscher Seite verbissene Wut, aber äußerste Selbstbeherrschung."

Am folgenden Mittag wurden die drei Holländer, als sie Gelsenkirchen im Automobil verlassen wollten, verhaftet und schließlich vor den General Schuhler geführt. Der General sagte: „Sie haben gestern Bilder aufgenommen, die zur Propaganda gegen Frankreich gebraucht werden könnten. Wenn zum Beispiel der Film in den Kinematographentheatern absichtlich schnell gedreht wird, dann entsteht der Eindruck, als ob unsere Soldaten im Laufschritt einen Angriff auf die Bevölkerung ausführten." Der Holländer bemerkt zu dieser Äußerung: „Das war eine allzu deutliche Ausflucht. Man hatte begriffen, daß unser journalistisches Glück uns in den Stand gesetzt hatte, die unumstößlichsten Beweise des höchst gefährlichen Auftretens gegen die Bevölkerung in die Hand zu bekommen, und man mußte diese Blamage mit allen Mitteln verhindern."

Kleine Nachrichten.

Verhafteter Postdieb.

München. Hier wurde ein Postbeamter verhaftet, der seit längerer Zeit aus vom Auslande eingehenden Briefen Beträge im Werte von mehreren hundert Millionen Papiermark entwendet hat. Der Täter hatte außerhalb Münchens ein hochherrschaftlich eingerichtetes Besitztum erworben.

Neue Übergriffe der Franzosen.

Essen. Der Regierungspräsident von Münster ist in Winsen beim Übergang in das besetzte Gebiet von den Franzosen festgenommen und verhaftet worden. — Der Oberbürgermeister und Polizeiinspektor von Herne ist von dem französischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Schwabs Europareise.

Paris. „Chicago Tribune" behauptet, daß ein von der amerikanischen Geschäftswelt eingeleitetes Eingreifen in der Reparationsfrage unmittelbar bevorstehe. Der Großindustrielle Charles M. Schwab sei, wie hier verlaute, in erster Linie zu dem Zweck nach Europa gekommen, um nach dem Plan der Handelskammern der Vereinigten Staaten vorzuschlagen, daß eine internationale Kommission mit einem amerikanischen Mitglied die deutsche Zahlungsfähigkeit und die Art und Weise der deutschen Zahlungen festsetzen soll.

Amerikanische Protestkundgebung.

Washington. Eine Versammlung von Männern und Frauen, insgesamt 14 000 Personen, legte hier gegen den Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet Protest ein. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, der Einmarsch sei dazu angetan, den Weltfrieden zu stören. Die Besetzung wurde als Gewaltakt verurteilt. An die Washingtoner Regierung wird die Bitte gerichtet, ihre guten Dienste anzubieten, um eine freundschaftliche Lösung der deutsch-französischen Schwierigkeiten zu finden. Die Versammlung war von einem unparteiischen Ausschuß ein[illegible]

Franzosenwirtschaft im Westen.

Berlin. In Düsseldorf sollen sich Arbeitslose zu einem Tageslohn von 60 000 Mark haben als Erd- und Bergarbeiter anwerben lassen. Darunter sollen Galizier sein, die in Berlin von französischen Agenten angeworben worden sind. Maßnahmen gegen diese Zustände sind getroffen. — In Moselweiß ist die Stationskasse mit einer Summe von über 100 Millionen Mark, welche zu Lohnzahlungen bestimmt war, weggenommen worden. — Der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen ist freigelassen worden.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		23. 2. gesucht	23. 2. angeb.	22. 2. gesucht	22. 2. angeb.
Holland	1 Gulden	8977,50	9022,50	8977,50	9022,50
Dänemark	1 Krone	4379,02	4400,98	4379,02	4400,98
Schweden	1 Krone	5999,96	6030,04	5999,96	6030,04
Norwegen	1 Krone	4199,47	4220,53	4199,47	4220,53
Schweiz	1 Frank	4239,37	4260,63	4289,25	4310,75
Amerika	1 Dollar	22543,25	22756,75	22693,12	22806,88
England	1 Pfund	106483,1	107016,8	106732,5	107267,5
Frankreich	1 Frank	1371,56	1378,44	1396,50	1403,50
Belgien	1 Frank	1201,98	1208,02	1211,96	1218,04
Italien	1 Lira	1087,27	1092,73	1102,23	1107,77
Dt.-Österr.	100 Kron.	31,92	32,08	31,96	32,14
Ungarn	1 Krone	7,33	7,37	7,23	7,27
Tschechien	1 Krone	668,32	671,68	674,31	677,69

Stand der Polenmark am 23. Februar 46,50 Pf.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 23. 2. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 50 000—51 000, pommerscher 80 000. Flau. Roggen, märkischer 41 000—42 000. Matt. Sommergerste, märkische 41 000—42 000. Matt. Hafer, märkischer 39 000 bis 40 000. Matt. Mais loko Berlin 47 000—48 000, waggonfrei Hamburg 43 000—44 000. Flau. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 130 000—150 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Matt. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 125 000—140 000. Matt. Weizenkleie frei Berlin 29 000—30 000, Roggenkleie frei Berlin 32 000—34 000. Ruhig. Raps 95 000—100 000. Ruhig. Leinsaat 100 000. Ruhig. Erbsen, Viktoria 80 000—90 000, kl. Speiseerbsen 60 000 bis 70 000, Peluschken 90 000—100 000, Ackerbohnen 40 000—45 000, Wicken 80 000—100 000, Seradella 110 000—150 000, Rapskuchen 37 000—39 000, Leinkuchen 60 000—65 000, Trockenschnitzel 18 000 bis 19 000, vollwertige Zuckerschnitzel 28 000—30 000, Torfmelasse 30-70 9000—9500, Kartoffelflocken 29 000—28 000 M.

* **Goldzollaufgeld.** Für die Zeit vom 28. Februar bis einschließlich 6. März 1923 beträgt das Goldzollaufg[illegible] 595 400 %.

* **Die Viehmärkte der Woche.** Rückgang der Preise in allen Gattungen. Seit langer Zeit sind die Viehpreise fast auf allen Märkten und in allen Gattungen zurückgegangen. Trotz geringer Zufuhren in der verflossenen Woche, insbesondere bei Kälbern, Schafen und Schweinen gestaltete sich der Handel fast durchweg schleppend; so wurden Rinder um 100—700, Kälber um 100—900, Schafe um 100—200 und Schweine um 100—850 M. für ein Pfund Lebendgewicht billiger. Nur auf ganz wenigen Märkten zogen die Preise in einzelnen Gattungen leicht an. Auch die Wucherpolizei beschlagnahmte wiederholt Tiere, vereinzelt ganze Waggons, doch dürfte sich der Handel der nächsten Märkte wieder in geregelte Bahnen lenken, sofern die Märkte wieder regelmäßig beschickt werden, und daß das für den Marktort bestimmte Vieh auch dort verkauft wird. Auf den nachstehenden Märkten notierten für ein Pfund Lebendgewicht in Mark:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Frankfurt a. M.	950—2500	1450—2400	1800—2400	2000—3000
Leipzig	900—2000	1600—2500	1600—2300	2000—3100
Magdeburg	800—2300	1000—2100	1000—2000	1600—2600
Hamburg	500—2300	1400—2600	1500—2400	1600—2700
Breslau	1000—1950	1350—2000	1100—1700	2200—2900
Köln a. Rh.	1200—2700	2000—2500	1700—2500	2000—3200
Elberfeld	1300—2900	1800—2500	1200—1800	2800—3800
Düsseldorf	1000—2600	1500—2700	—	2000—3400
Hannover	1000—2400	1400—2200	1500—2000	2000—3000
Dresden	700—2000	1000—2300	1200—2000	2000—3200
Bremen	700—2100	1400—2500	800—2000	1700—2700
Stettin	700—1600	800—1700	—	1700—2600
Stuttgart	800—2300	1900—2900	—	2000—3000
Mannheim	900—2400	1600—2000	800—1100	2400—3000

Berlin, 24. Febr. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 22 500.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.



Kommt ihr einst zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Denkt was ich gelitten habe,
Gönnt mir doch die ewige Ruh'.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 3 Uhr meinen lieben Mann, unsern treusorgenden Vater, Grossvater, Schwiegervater und Onkel

Heinrich Kohlhage

im Alter von 77 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen

Lingese b. Kierspe, Hagen, Rodt-Müllenbach und Kierspe-Bhf.,
den 23. Februar 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar cr., nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Elektro-Motore
Neuwickeln und Reparatur in eigener Werkstatt.
— Prüffeld 1500 Volt. —
Großes Lager in Motore.
Elektrizitäts-Gesellschaft
Geisler & Schuller,
Hagen i. W., Elberfelderstr. 44.
— Telefon 2314. — 2152

Änderungen im Steuerabzug vom Arbeitslohn.

1. Der Arbeitslohn alle dem Lohnabzug unterliegenden Arbeitnehmer, der auf die letzten 6 vollen Arbeitstage des Monats Februar 1923 entfällt, bleibt vom Steuerabzug nach Maßgabe des § 46 R. E. G. befreit.

2. Die in § 46 A. O vorgesehenen Ermäßigungssätze für den Steuerpflichtigen und seine zur Haushaltung zählende Ehefrau — bisher monatlich 200.— Mk — für die zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder im Sinne des § 17 Abs. 2 R. G. E — bisher monatlich 1000 — Mk — sowie die zur Abgeltung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1—7 R. G. E zulässigen Abzüge — bisher monatlich 1000 — Mk — werden für die nach dem 28. Februar 1923 erfolgenden Zahlungen von nach dem 28. Februar 1923 fällig gewordenen Arbeitslohn auf jeweilig den vierfachen Betrag erhöht.

Lüdenscheid, den 23. Februar 1923.

Finanzamt,
Dr. Plew, Regierungsrat

Theod. Becker,
Kierspe-Bahnhof,
Hauptstraße 767.
— Telefon Nr. 72, Amt Meinerzhagen. —

Sämtl. Schuhmacherbedarfs-Artikel

Leder, Gummi, Eisenwaren, Gummiabsätze und -Sohlen „Fimeha", Arbeitsschuhe, Schnürbänder in Leder, Macco u. Eisengarn, Sohlen im Ausschnitt
an Jedermann.

Alleinverkauf der von der Firma Kurt Becker, Berlin hergestellten Lederabsätze und -Sohlen.

Vertretung der Papier- und Packmaterialien-Großhandlung August Liese, Hagen i. W.

Geschäftsbücher empfiehlt **Wilh. Bell jr., Halver.**

Nur 2 Tage in Halver!

Dienstag und Mittwoch im Lokale des Herrn Ad. Vormann

Telephon 91.

Ankauf zum Dollarkurs in sämtlichen
Altmetallen und aller Art Fellen

Zahle **10 Prozent mehr** wie jede Konkurrenz
Geöffnet von 8 1/2—5 1/2 Uhr

Ich bin befreit
von allen Hautunreinigkeiten und Hautausschlägen, wie Blütchen, Finnen, Pickeln, Hautröte usw. durch tägl. Gebrauch der echten
Rechenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.
Zu haben bei: 2163
Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Feuer-versicherungen
zu zeitgemäßen Bedingungen nach Goldindex, automatische Anpassung an den jeweiligen Goldwert ohne weitere Anträge.
Brand-
notversicherung zu 1/2 der Prämien. **Nachversicherungen** auch dort, wo schon Verträge bestehen, vermittelt und erteilt jede gewünschte Auskunft die
General-Agentur
Ad. Welter, Halver.

Alte Göpel
sowie sonstigen
Eisengußbruch
kauft zu höchsten Preisen
Fr. E. Häusler, Kierspe-Bhf.
Telefon 143, Amt Meinerzh

Schweißarbeiten
an Eisen- und Gußteilen führt aus
Müller, Hohl (Post Kreuzberg).
Telephon Amt Halver 86.
Maschinenbau und Autogene Schweißerei.

Bürsten-Waren
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Bommerter Wehr-Verein.

Zur Teilnahme an der Beerdigung des verstorben. Kameraden
Wilhelm Schlieck
treten die Mitglieder am Montag, den 26. Februar, nachm. 1,45 Uhr am Vereinslokale an. **Der Vorstand.**

2 Bettstellen mit Matratzen
zu verkaufen.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsst. des Allgem. Anz., Halver.

Gebrauchte
Nähmaschine
abzugeben.
Müller, Hohl
(Post Kreuzberg)
Telephon Amt Halver 86.

Zur Stielfabrikation geeignetes
Buchen- u. Eschenholz
(möglichst stark)
kaufen laufend
Engstfeld & Lamberti
Bollwerk bei Oberbrügge